

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Druck und Verlag der E. Reich'schen Buchhandlung (Inhaber: E. Reich), zu der Schriftleitung verantwortlich: D. Ettem in Neuenbürg.

№ 116

Neuenbürg, Freitag den 21. Mai 1920

78. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 20. Mai. Das Ministerium des Innern weist in einer Bekanntmachung im Staatsanzeiger erneut darauf hin, daß Bestimmungen unter freiem Himmel, Unzulage und öffentliche Kundgebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden des Enztalbezirks nach wie vor verboten sind. Zuwiderhandlungen machen sich strafbar. Die Polizeibehörden sind angewiesen, mit den ihnen zu Gebot stehenden Mitteln etwa beabsichtigte Veranstaltungen dieser Art zu verhindern.

Berlin, 20. Mai. Die Deutsche demokratische Partei hat gegen ihre Reichsliste für die Wahlen fertig gestellt, die heute noch veröffentlicht werden dürfte. Die Reichsliste beginnt mit dem Namen des Senators Peterßen. An erster Reihe stehen ferner auf der Liste der Reichsministerpräsident Behler, das Präsidiumsmitglied des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel Kleinall, der frühere Führer der Jungliberalen Dr. Schiffer, der württ. Kultusminister Nieber u. a. Auch der Name des früheren Gouverneurs von Rheinland, von Truppel, befindet sich auf der demokratischen Reichsliste.

Berlin, 19. Mai. Der Vierte Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der sich mit dem „Zusammenbruch“ zu beschäftigen hat, hielt heute eine interne Sitzung ab. Der Sekretär des Ausschusses wurde beauftragt, die bereits im Gang befindlichen Vorarbeiten für die Untersuchungstätigkeit des Ausschusses fortzusetzen.

Berlin, 19. Mai. Am Samstag ist in London ein Abkommen unterzeichnet worden, nach dem die in Süd- und mittelamerikanischen Häfen liegenden deutschen Segelschiffe unter deutscher Flagge und mit deutscher Besatzung nach Deutschland zurückkehren und erst dann an die Entente ausgeliefert werden. Der Wert des Abkommens wird darin gesehen, daß eine Reihe von Seeleuten für einige Zeit nach Beschäftigung finden. Auch werden die Schiffe Ladungen nach Deutschland bringen, deren Frachtwert nicht durch den schlechten Stand der Mark verteuert werden, wie auf fremden Schiffen.

Berlin, 20. Mai. Der Posten eines Generalquartiermeisters ist in eine Unterstaatssekretärsstelle umgewandelt worden, die jedoch von einem Offizier besetzt werden würde. — Auf Vorschlag des Oberpräsidenten Hösling sind nun in der ihm unterstellten Provinz auch schon 2 Unabhängige zu Landesräten ernannt worden. Der Streik gegen den Kommunistenführer Holz wird voraussichtlich im Juni in Dresden verhandelt werden. Der bekannte Film „Holz, der Diktator des Bogensches“, der das Treiben der Wagnard im Bild festhält, wurde vom Staatsanwalt beschlagnahmt, um die Mitglieder der Garde festzusetzen und zu überführen.

50 Milliarden Fehlbetrag im kommenden Reichshaushalt.

Im einer Zentrumssammlung in Köln sprach der Reichshausungsminister Dr. Brüß. Er schätzte den Fehlbetrag des kommenden Haushalts auf etwa 50 Milliarden, die schwappende Reichsgeldschuld auf 20 Milliarden. Die von seinem Vorgänger Erzberger angelegte Steuerreform müsse unter allen Umständen durchgeführt werden. Wie er, Brüß, als Reichsfinanzminister noch genauer Kenntnisnahme der Steuererträge feststellen könne, habe Erzberger für wenig für die Sicherstellung seines eigenen Vermögens getan. Den Weg der Besteuerung und Berücksichtigung mit den anderen Ländern müssen wir gehen“, führt Herr Brüß fort, „in diesem Gefilde müssen wir auch nach Spaen gehen. Keinen zweiten Diktator haben aber werden wir dort schließen.“

Streikdiktatur.

Dresden, 20. Mai. Die sächsische Regierung entsandte einen Vertreter nach Schandau, um die Schiffer zu bewegen, eine Anzahl Kähne mit böhmischer Braunkohle für die sächsische Industrie zu liefern. Obwohl die meisten Schiffer zur Aufnahme der Kohle bereit sind, verhindert die Streikdiktatur Schandau dies mit dem Hinweis, daß nur die Berliner Streikleitung für den Abbruch des Streiks zuständig sei.

Der Sozialisierungsausschuss.

Berlin, 19. Mai. In den nächsten Tagen erscheint im „Reichsanzeiger“ ein Erlass des Reichspräsidenten über die Einberufung und die Befugnisse der Sozialisierungskommission. Der Erlass gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, die Kommission nach ihren Vorschlägen zu ergänzen. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll 16 nicht übersteigen. Der Sozialisierungskommission gehören u. a. Prof. Dr. Ballod, Dr. Adolf Braun, Adolf Cohen, Dr. Rudolf Höbering, Otto Hue, Karl Rantky, Direktor Hans Krämer, Dr. Karl Reichler, Dr. Robert Kuczynski, Prof. Dr. Emil Lederer, Prof. Andemann, Dr. Walter Rathenau, Karl Friedrich von Siemens, Prof. Dr. J. Schumpeter, Generaldirektor Dr. Vogelstein, Genl. Albert Weber und Adolf Wisser. Einigenmaßen verwunderlich ist, daß sich in dieser Kommission auch Professor Ballod befindet. Er ist im vorigen Herbst in seine letzte Heimat zurückgekehrt und Befehl der juristischen Fakultät der neuen Universität Halle geworden. Ist es nötig, daß ein letzlicher Staatsangehöriger mit über die Schicksalsfragen deutscher Wirtschaft entscheidet?

Die deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 19. Mai. Die Sitzung begann mit einer feinen Zinsdebatte. Es handelt sich um das Ausgleichsbesteuerungsgesetz. Die Forderungen der Deutschen, die durch die Bestimmung des Friedensvertrages dem Ausgleichsverfahren unterworfen werden, sollen herabgesetzt werden, darüber hinaus aber sollen die Steuern auch von Entschädigungsansprüchlichen erhoben werden, die nach dem Ausgleichsgesetz Deutschen dem Reich gegenüber zu stehen. Die Rechte demängelte an dem Vorschlag die alleu-...

fallische Tendenz. Reichsfinanzminister Dr. Brüß tat die Einwände aber mit dem Satz ab: Wenn man alle Ungerechtigkeiten dieses Krieges noch mit Gold bezahlen wollte, müßte man morgen Konkurs anfragen. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Sodann wird der Antrag der Reichssozialdemokraten, die Versicherungsgrenze auf 25.000 Mark hinaufzusetzen, abgelehnt. Zum Schluß kam der Entwurf über die Aufhebung der Militärjustiz an die Reihe, dem die Rechte äußerste Opposition angekündigt hatte. Das Gesetz wurde nach den Ausschlußbeschlüssen nach langer Beratung in erster Lesung angenommen, ebenso dasjenige betr. die Heeresjustiz.

Berlin, 20. Mai. Der Arbeitesausschuss der Nationalversammlung ist entschlossen, die Tagung der Nationalversammlung unter allen Umständen am heutigen Donnerstag zum Abschluß zu bringen.

Ausland.

Basel, 20. Mai. Der in Rom tagende Völkerbundrat hat nach Kenntnisnahme vom dem Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung beschlossen, die nächste Sitzung in Genf abzuhalten.

Basel, 19. Mai. Die „Times“ berichtet, daß der Sultan an den Alliierten-Rat ein Schreiben richtete des Inhalts, er sei entschlossen, abzutreten und die Regierungsgeschäfte den alliierten Mächten zu übertragen, da er den Friedensvertrag nicht gutheißen könne und die Untertanen mit seinem Namen zu deren Nutzen imstande sei. Der Alliierten-Rat hat sich eine entscheidende Antwort vorbehalten.

Rom, 19. Mai. Die „Enzo“ meldet aus Konstantinopel, daß die Franzosen und die Engländer versucht haben, Unterhandlungen mit Kemal Pascha anzuknüpfen. Diese Tatsache wirft ein Licht auf die äußerste schwierige Lage im Orient, der weder die Franzosen noch die Engländer gewachsen ist. England ist nicht imstande, die nationalisierende Bewegung zu unterdrücken, weil die Streitkräfte, die es unter Waffen halte, kaum genügen, um in Irland, Indien und Mesopotamien die Ordnung aufrechtzuerhalten und die alten und neuen Kolonien zu schützen. Frankreich habe aber mit der Besetzung des Rheins genug zu tun und müsse sich in erster Linie seiner hartbedrängten Südpunkte in Kleinasien und Syrien annehmen.

Paris, 19. Mai. Der Senat begann gestern die Beratung der Steuerprojekte. Der ehemalige Senatpräsident Dubost erklärte, die Kriegsschulden müßten von den Kriegführenden, den Siegern und Befiegten, liquidiert werden. Man müsse eine internationale Steuer, vielleicht durch Besteuerung der Rohmaterialien, einführen. Die Freisetzung einer Baukapitalsumme für die deutschen Schuldensände seien Besatz. Finanzminister Marfall erkannte an, daß internationale Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müßten.

London, 20. Mai. Die „Times“ melden, daß die Konferenz in Spaen jetzt endgültig auf den 21. Juni verlegt worden ist. Alsdann werden die Wahlen in Deutschland stattgefunden haben und die Alliierten werden wissen, wie sie vorgehen haben. Das Programm der englisch-französischen Expertenkommission ist äußerst umfangreich. Es muß jedoch vollständig umgeschrieben und von den Ministern und wahrheitsgemäß auch von den Parlamenten Englands und Frankreichs bis zum 21. Juni genehmigt sein.

Stockholm, 20. Mai. Ein Moskauer Funkpruch meldet aus Warschau: Die Rote Armee hat bei Poloz die Düna überschritten. Die polnischen Banden ziehen sich zurück. Die Bevölkerung begrüßt die Rote Armee, die sie von dem Joch der polnischen Magnaten befreit, freudig. Die Polen melden von der Düna, daß die Roten fünf Millionen Mann zusammengekommen haben und anreisen. Bei Kiow wurden die Roten zurückgeschlagen.

Die Schließung der Festungswerke Helgoland.

Bern, 19. Mai. „Daily Mail“ meldet: Die Schließung der Werke der Festung Helgoland, die das deutsche Reich in 24jähriger Bauzeit 7 Milliarden Mark kosteten, sind nahezu vollendet. Sämtliche 12zölligen belagerten Marinengeschütze wurden entfernt und zerstört. Die Entschärfungsarbeiten, die von deutschen Arbeitern unter Aufsicht einer internationalen Marinekommission vor sich gehen, werden Anfang Juni beendigt werden.

Asquith für einen christlichen Frieden.

Amsterdam, 19. Mai. Das „Allgemeen Handelsblad“ hat gestern Abend in einer vom Rat zur Bekämpfung der Hungersnot einberufenen Versammlung in London Asquith ausgeführt, das einzige Mittel zur Besserung der durch den Krieg geschaffenen Lage sei eine Wiedervereinigung der Friedensbedingungen. Asquith nannte die Ereignisse in Südwestafrika und namentlich das angreifswache Auftreten der Polen einen Skandal und forderte schließlich an Stelle des Obersten Rates den Völkerbund. Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge sagte Asquith noch, es wäre nicht schwer gewesen, bei der Bildung der neuen kleinen Staaten feste Bedingungen aufzustellen, durch die große Rüstungen und militärische Abenteuer unmöglich gewesen wären. Nun erleben wir den Skandal des polnischen Krieges. Die polnischen Staatsmänner haben die Pflicht, ihr eigenes Volk zur Sparsamkeit zu ermahnen, denn die wirtschaftliche Lage Polens ist sehr ernst.

Asquith fragte die englische Regierung an, daß sie die Tatsache der Unterwerfung Polens durch England dem Parlament durch Winkelsätze, wie sie ihm in seiner parlamentarischen Laufbahn noch selten vorgekommen seien, verborgen habe. Polen habe einen unvorbereiteten Angriff gemacht und die Grundzüge des Völkerbundes verletzt. Asquith verlangte den Abschluß eines wirklichen Friedens, Abtrottung, Zutritt der vormaligen Feinde zum Völkerbund und unverzügliche Feststellung der Kosten, die auf den Besiegten ruhen sollen. Schließlich forderte Asquith auch die sofortige Auflösung des Obersten Rates.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 21. Mai. Am Pfingstmontag verkehrt je 10 Minuten vor dem Hauptzug 961 Pforzheim—Widdob ein Borzug, ab Neuenbürg 8.18 vormittags, ferner ein Borzug vor dem Hauptzug 971 Neuenbürg ab 2.41 nachmittags. In Richtung Widdob—Pforzheim verkehrt vor dem Hauptzug 994 ebenfalls ein Borzug Neuenbürg ab 7.18 nachmittags.

Am Pfingstmontag verkehren neben den Hauptzügen 971 Pforzheim—Widdob, Neuenbürg ab 2.56 nachmittags, und 994 Widdob—Pforzheim, Neuenbürg ab 7.29 zwei Borzüge mit je 10 Minuten vorgeführter Abfahrtszeit, wie oben angeführt.

Neuenbürg, 21. Mai. Als Ergebnis des durch den „Kleiderkrauz“ veranstalteten Konzerts und Aufführung von „Schillers Glocke“ konnte nach Abzug der nicht unbedeutenden Kosten, welche durch Nachschuß sich noch ermäßigten, der Betrag von rund 1200 Mark dem Gildenfond zugeführt werden. Weiter und Mitwirkenden sei auch hier der herzlichste Dank zum Ausdruck gebracht für die Bereitwilligkeit, mit der sie ihre Kräfte in den Dienst einer guten Sache stellten. Der Pian, dem Gildenfond durch ein zweites Konzert noch weitere Mittel zuzumenden, fordert bei sämtlichen Mitwirkenden Zustimmung. Dasselbe soll am Sonntag nach Pfingsten wiederum im „Anterhaal“ stattfinden.

Herrenalb, 17. Mai. (Eingefandt.) Bei dem am gestrigen Sonntag in Etlingen stattgefundenen ersten auswärtigen Wettkampfe des neugegründeten Sportvereins Herrenalb gegen den Turm- und Sportverein Langensteinsbad unterlag Herrenalb mit 2:5 Toren. Jedoch beim Spiel Anwesende mußte zugucken, daß die Herrenalber Mannschaft dem Gegner mindestens ebenbürtig war, nur fehlt den Herrenalb das durch vieles Trainieren bedingte Zusammenhalten. Leider hat sich der hiesige Gemeinderat den Plänen um einen geeigneten Sportplatz vollständig verschlossen, was man eigentlich von einer Stadtgemeinde nicht erwarten sollte. Über vielleicht kommt der Herrenalber Gemeinderat auch noch zur Einsicht, daß wir nach Wegfall der Militärbediensteten den Sport zur Erhaltung der Volksgesundheit unbedingt brauchen.

(Könnte nicht durch Plage des Jahr'schen Turnens, das als kein anderes alle Teile des menschlichen Körpers gleichmäßig anregt und vor dem Bekanntwerden des Fußballsportes als Vorschule zum Militärdienst von Autoritäten bezeichnet wurde, als vollwertiger Erfolg treten? Alte Turner, welche bis ins hohe Alter sich an solchen Leibesübungen beteiligten und rüstig blieben, haben diesen den Borzug vor jedem anderen Sport. Des Turnens hat außerdem den gerade heute nicht hoch arguswährenden Borzug, unsere Jugend zum Gehorsam und zur Unterordnung zu erziehen. Der gesundheitliche Wert des Turnens steht außer Frage. Schrift.)

Ein Wort zur Abschaffung des Schüler-Grabgeringes.

Die württ. Landesversammlung hat das längst erwartete Volksgesetz verabschiedet. Es wird in kurzer Zeit in Kraft treten. Eine mittelbare Folge des Gesetzes wird die Abschaffung des Grabgeringes durch Schüler in den kleinen Städten und in den Dörfern sein. Eine ungenügende, unreinliche geistliche Regelung hat die Entscheidung in dieser Sache in die persönliche Angelegenheit des einzelnen Lehrers gestellt. Dieser Umstand droht in vielen Gemeinden den Hiss zwischen Schule und Kirche in unhöflicher Weise zu vertiefen. Dazu droht vielfach ein schlimmes Zerwürfnis zwischen Gemeinde und Lehrer, d. h. Schiele. Sowieit soll es aber nicht kommen, es würden alle drei Parteien, Kirche, Schule und Gemeinde, in gleicher Weise profitieren. Es darf darum auch nicht fowelt kommen! Eine christliche, vernünftige und unvoreingenommene Betrachtung der Sachlage führt zu der Überzeugung, daß die Abschaffung des Schülergrabgeringes keine Ursache zu Jamt und Streit sein kann. Warum wollen denn die allermeisten von uns Lehrern den Schülergrabgering abschaffen? Nicht wie das weit verbreitete Vorurteil behauptet, aus kirchenbezogen, Religionshahn. Es gibt Lehrer, die auch von solchen Motiven geleitet sind. Es sind aber aber wenige. Was dann? Es ist in uns Lehrern ein tiefes Bedürfnis nach Frieden mit der Kirche. Die geordnete Arbeit an den heranwachsenden jungen Wolfe leidet ungemessen an diesem unbefriedigten Zustand. Nur wir Lehrer wissen es genau, wie sehr auch die religiöse Erziehung und Unterweisung darunter gelitten hat und in Zukunft erst leiden müßte, wenn nicht Friede wird zwischen Kirche und Schule. Friede, evangelischer Friede wird erst, wenn jedes Zwang zwischen Kirche und Schule, zwischen Lehrer und Gehilflichen aufgehoben wird. Die in der Verfassung gewährleistete Freiheit darf nicht durch den Zwang oder Sitte für den Zwang aufgehoben werden. Geistliche Gemeinden, ich bitte Euch dringend, tut das Eure, daß Friede wird zwischen Kirche und Schule! Ich merdet den Segen in Kirche, Schule und Gemeinde sehr bald spüren. Die Lehrerschaft will aber den Schülergrabgering auch deshalb abschaffen, weil sie in sich die ihre Überzeugung trägt, daß der Bildung und Erziehung des wertvollen Volkes in Zukunft die ganze Kraft eines ausgezeichneten Lehrerstandes zur Verfügung stehen muß. Nicht wahr, das steht doch heute jedes ein, sollte wenigstens jedes aus unseren erschütternden Zeugnissen erkannt haben, daß die gesamte geistige, sittliche und leibliche Ausrüstung der Völker bisher ungenügend gewesen ist. Wie hat doch voriges Jahr der inzwischen so unglücklich verdorbene Gedanke der Volksturne weite, sehr weite Kreise der Lehrerschaft mit fruchtbarer Hoffman erfüllt! Sie, die Volksturne, schien für ein reiches, wichtiges Werkzeug zu sein für ein reiche Befehlung und weiterführende religiöse Erziehung des deutschen Volkes. Aber eben! Sie hält sie einen Aus- und Weiterbau des Volksschulwesens für notwendig, das dem deutschen Volk die für seine großen und herrlichen sozialen Ziele und Aufgaben unentbehrliche und ausreichende...

Anzeigenpreis:
 die einpolige Zeitschrift über deren Raum 60 Pf., bei Kundenlieferung durch die Geschäftsstelle 45 Pf. extra.
 Mehrere-Jahre-Ausgaben 1.20
 bei größeren Aufträgen entwerth. Rabatt, der in Folge des Abnahmeverhältnisses billiger wird.
 Inhalt der Anzeigen:
 Annoncen zu 20 Pf.
 Fernsprecher Nr. 4.
 Für teils. Beiträge nach feinerlei Gebühr übernehmen.

rg. adung. Freunde und Mai 1920 Feier in Altsburg. die all zu wollen. in Schömburg. in Altsburg. burg. adung. Freunde und Mai 1920 Feier in Bernbach. die all zu wollen. ers in Bernbach. Bernbach. Andernach del a. Ab. Birkenfelder terialienhandlung. Birkenfeld. 24. Mai Dennach Pnotenjol jedermanns freud. Herrenalb. Item Umbau und wendungen wann täglich 6 Badelarien hat abwäsche blü. waltung. tiefe Sindrud. die noch einige B. heutige Preis für 120 Pf. für melcher wir gegen licher billiger. B. nicht unter 500 Pf. druckerei. m. Kahlstraße i. B. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130.

verantw. den Präsidenten Feilerbach zu veranlassen, den neu-
wählten Reichstag schon am 16. Juni einzuberufen. Man hält
den Zusammentritt des Reichstages vor der Spätkonferenz für un-
möglich, als es nicht ausgeschlossen ist, daß die Wahlen
auch eine veränderte Regierungskoalition mit sich bringen können.
Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter melden, hat die Re-
gierung den deutschen Kommissar in der Grenzfestigungsstom-
mission für das Saargebiet, Oberst von Glander, angewiesen, die
Kommission bis auf weiteres einzustellen, da die
Arbeit in der Kommission bis auf weiteres einzustellen, da die
Kommission auf Antrag des franz. Mitglieds entgegen dem Frie-
densvertrag beschließen sollte, über die Verwaltungsgrenzen hinaus-
gehende weitere Gebiete in das Saargebiet einzubeziehen. — An
Stelle des verurlaubten Generals v. Batter ist General v. Lohberg
mit der Übernahme des Kommandos des Bahlkreises VI betraut
worden. Als Nachfolger des Generals v. Lohberg ist Major von
Hammert zum Chef des Generalstabs beim Generalkommando
in Kassel ernannt worden. — Wie die „Deutsche Morgenpost“
meldet, lehnen die Arbeitgeber der oberdeutschen Montanindustrie
die neuen Lohnforderungen der Arbeitnehmer ab.
Hamburg, 20. Mai. Bei einer Strafenkündigung Arbeits-
loser und Ausgesperrten kam es in der Kaiser Wilhelm-Straße zu
einem Zusammenstoß mit der Polizei und Sicherheitswehr, bei
dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden.
Rom, 20. Mai. In einer Festsetzung des Völkerbundesrats
auf dem Kapitol ist gestern die endgültige Konstituierung des
Völkerbundes proklamiert worden.

Warschau, 20. Mai. Der Feind fährt fort, seine
Truppen in der Umgebu g von Kiev zu konzentrieren. Süd-
lich der Dnaja haben sich die polnischen Truppen noch länge-
rem Kampf unter dem Druck des feindlichen Heeres auf
eine neue Verteidigungslinie (!) zurückgezogen.

Teheran, 20. Mai. Es wird berichtet, daß 13 bolsche-
wistische Schiffe am 18. Mai eine starke Truppenmacht an
der Südküste des Kaspischen Meeres, etwa fünf Meilen von
Engeli, halbwegs zwischen Teheran und Tadriz gelandet
haben. Der Kommandant der dort stehenden Truppen habe
die ihm auferlegten Bedingungen angenommen und die Eng-
länder räumten am gleichen Tage Engeli. Man glaubt,
daß die Bolschewisten von Baku herkommen. Ihre Kommissare
sollen die Sicherheit der englischen Beamten und Militä-
rpersonen verbürgt haben.

Paris, 21. Mai. Wie die „Chicago Tribune“ mit-
teilt, soll der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace,
den Auftrag von seiner Regierung erhalten haben, einen An-
teil für Amerika an den Erträgen der Petroleumquellen
von Mosul zu verlangen. — Nach dem Londoner Korre-
spondenten des „New York Herald“ soll in Mesopotamien
eine Anzahl Amerikaner, die nach Petroleumquellen suchten,
von den englischen Behörden ausgewiesen worden sein. Das
Staatsdepartement habe beim Auswärtigen Amt Protest
eingeleitet.

Paris, 21. Mai. Gestern nachmittag haben im fran-
zösischen Handelsministerium die deutsch-französischen Wirt-

schaftsbesprechungen begonnen. Ein Meinungsaustrausch über
den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftslage ergab
obliche Übereinstimmung. Sodann traten die beiderseitigen
Sachverständigen zu Einzelbesprechungen zusammen.

Paris, 20. Mai. Der Petit Parisien bringt eine
Melung aus Rom, nach der im Zusammenhang mit der gegen-
wärtigen Rabinetskrise sich dort gegen Mitternacht das Ge-
richt verbreitete, Garibaldi beabsichtige, während der Nacht
die Ministerien und das Parlament mit Hilfe einiger hundert
Verchwörer zu besetzen. Es seien Vorsichtsmaßregeln ge-
troffen worden. Zwischenfälle haben sich jedoch nicht ereignet.

Die Evangelische Landestirchensversammlung zur Schlußfrage.

Stuttgart, 20. Mai. Am Donnerstag tritt man in die zweite
abschließende Sitzung des Kirchenverfassungsgesetzes ein. Es wer-
den noch einige Änderungen beschlossen. Zu § 4: Der Landeskir-
chentag soll das Recht haben, nach Bedürfnis bis zu vier weitere
Abgeordnete zuzuwählen, allerdings nur mit Zweidrittelmehrheit;
auf diesem Weg der Selbstergänzung kann sich der Landeskir-
chentag nötigenfalls Sachverständige für Einzelgebiete des kirchlichen
Lebens noch nachträglich zufügen. Zu § 18: Für Gesetze, die dem
Verfassungsgesetz gleichgestellt werden, soll Zweidrittelmehrheit ver-
langt werden können. Eine Reihe von Anträgen, die schon bei der
ersten Lesung abgelehnt worden waren, wurden noch einmal einge-
bracht, aber wieder abgelehnt, so insbesondere der Antrag, zum
Kirchenpräsidenten nur einen Theologen zu nehmen und ihm den
Titel Bischof zu geben, auch ein Antrag, in § 31 die Verantwort-
lichkeit des Kirchenpräsidenten und Landeskirchenauschusses gegen-
über dem Landeskirchenrat ausdrücklich festzusetzen: Es wird dar-
auf hingewiesen, daß die Verfassung schon bisher tatsächlich dem
L.K.-Tag gegenüber der Kirchenleitung, also außer dem Kirchen-
präsidenten und L.K.-Ausschuß auch gegenüber dem Oberkir-
chenrat, das Kontrollrecht gebe und den Schwerpunkt der Kirchen-
gewalt in die Hände der Vertretung des Kirchenvolks lege.

Vom Landwirtschaftlichen Hauptverband.

Stuttgart, 20. Mai. Der Landw. Hauptverband hat auf seiner
Tagung noch eine Reihe weiterer Entschlüsse gefaßt, von de-
nen die wichtigsten folgendermaßen lauten: „Die heute von über
3000 Landwirten aus allen Gauen Württembergs besuchte außer-
ordentliche Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Haupt-
verbandes stellt an die Regierung das Ersuchen, geeignete Schritte
zu ergreifen, daß den Landwirten, die in der Zeit vom 12.—19.
April v. Js. Vieh an die Fleischverorgungsstelle abgeliefert haben
und denen durch die Festsetzung eines geringen Häutezuschlags ein
erheblicher Verlust entstanden ist, hierfür entsprechende Entschädi-
gung aus Landes- oder Reichsmitteln gewährt wird.“ — 2.: „Die
heute von mehr als 3000 Bauern aus allen Gauen Württembergs
besuchte Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes
spricht dem Ernährungsminister Graf, der seine Tätigkeit mit so
großen Verprechungen für die Bauern begonnen, ihnen aber nicht
die geringste Erleichterung in der Juagwirtschaft gebracht hat,
ihr schärfstes Mißtrauen aus. Die Versammlung fordert die maß-
gebenden Parteien im Landtag auf, uns sofort einen Ernährungs-
minister zu stellen, der die Lage unserer wirtl. Landwirtschaft
besser versteht und würdigt.“ — 3.: „Die außerordentliche Mit-

gliederversammlung des Landwirtschaftl. Hauptverbandes stellt dem
Wirtl. Arbeitsminister nachstehenden Antrag: Die 11 stündige
Arbeitszeit für das wirtl. Handwerk, das im Haupt- und Neben-
beruf für die Landwirtschaft arbeitet, mit sofortiger Wirkung ein-
zuführen. Sollte dem dringenden Gesuch des Landwirtschaftl.
Hauptverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der wirtl. Handwerks-
kammer nicht stattgegeben werden, so lehnt der Landwirtschaftl.
Hauptverband jede Verantwortung, daß die landw. Arbeiten, be-
sonders die Erntearbeiten, rechtzeitig und vollständig durchgeführt
werden können, ohne daß große Mengen der Produkte verderben.
ab. Wir sehen in der Aufrechterhaltung des Achtstundentages eine
große Gefahr, die nicht zu unterschätzen wir das Arbeitsministerium
aufmerksam machen. In einer Zeit, wo nur produktive Arbeit
uns vom wirtschaftlichen Untergang retten kann, ist der Achtstun-
dtag die verkehrteste Einrichtung, die je von einer Regierung ge-
troffen werden konnte. Insbesondere ist die Einhaltung des Ach-
tstundentages bei der Landwirtschaft und das für sie arbeitende
Handwerk unmöglich, da wir nicht vom Willen der jeweiligen
Regierung, sondern nach wie vor vom Wetter abhängig sind.“

Von der Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai. Am Haushaltsauschuß der National-
versammlung stellte die Regierung den Antrag: Die Nationalver-
sammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Reide-
finanzminister außer den durch Rotetat bewilligten 200 Millionen
Mark zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft durch Gewährung von
Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen den Betrag von
450 Millionen Mark zur Verfügung stellt, sowie sich ferner dazu
schlüssig zu machen, daß im Reich durch eine Abgabe von den be-
bauten Grundstücken bis zum Jahre 1925 wiederzuführen sind.
Der Ausschuß erklärte sich mit dem Antrag einverstanden.

Berlin, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalver-
sammlung wurde der von den Unabhängigen eingebrachte Antrag
betr. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen
des Reiches mit den Stimmen der stark besetzten sozialdemokra-
tischen Parteien angenommen.

Änderung des Versailler Friedensvertrags?

Amsterdam, 20. Mai. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“
schreibt: Esquiths kritische Bemerkungen im Unterhaus über die
internationale Politik der Alliierten sind vielleicht nicht ohne Ein-
fluß auf die Haltung geblieben, die Lloyd George in Hyde ein-
genommen hat. Tatsächlich ist dort bereits eine Abänderung des
Versailler Vertrags beschlossen worden, soweit er sich auf die
Deutschland aufzuerlegenden Schadenersatzungen bezieht. Die
Festsetzung einer bestimmten Summe bedeutet einen kräftigen
Schritt vorwärts auf dem Wege.

Hinweis.

Wir verweisen unsere Leser auf den unserer heutigen
Nummer beigelegten Mahlaufsatz der Wirtl. Bürger-
partei, in dem die Stellung der Partei zu den großen politischen
Fragen und ihre Forderungen für die weitere Arbeit der Parto-
menten dargelegt sind.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg

Konsum- und Spar-Verein Calmbach
e. G. m. b. H.
ladet die Mitglieder zu einer
außerordentlichen General-Versammlung
auf **Samstag, den 29. Mai 1920, abends 8 Uhr**,
in den Kronensaal in Calmbach ein.
Tagesordnung:
1) Erhöhung der Geschäftsanteile.
2) Sonstige wichtige Fragen.
Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.
Der Aufsichtsrat.

Bruchleidende
Kein Kärtelbruchband „Extrabequem“ ist das einzig
richtigste federlose Bruchband, das jeden Bruch schmerzlos
und sicher, selbst in schweren Fällen, zurückhält. Bequemeres
Tragen Tag und Nacht. Keine Beistellung bei der Arbeit.
Biele Dankschreiben. Empfänger Leib-, Knie- und Vorfal-
lenden, Geradenhalter, Gummistrümpfe. Mein langjährig
Betreiber ist wieder mit Ruhren amtesend in **Calw Wittwoh,**
26. Mai, 9-3 Uhr, Hotel Waldhorn.
Spezial-Berichte **Stuttgart, Schwabstraße 28 A,**
Telefon 1932.

Senfen, Holzgabeln, Düng- u. Heugabeln, Rechen, Spaten, Hauen, Schaufeln, Handschleppreden, Ketten aller Art, Handfägen, Baumfägen, Reb- und Hecken-Schereen, Viehwanfkörbe
empfehlen
Gg. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte
Calw, Telefon 142.

Ziegen
Zwei
verkauft
J. Wildinger.

Böfen a. Eng.
Circa 400 Stück alte
Backsteine,
sowie wenig gebrauchten gut a
Herd
hat wegen Entbehrlichkeit billig
zu verkaufen
Johann Barth.

Wirtenfeld.
Circa 65-70 A
Heugras
zu verkaufen
Kirchstraße 31.

Calmbach.
Eine schwere, 37 Wochen
trüchtige
Kalbin
steht dem Verkauf aus
Gottlieb Nezer.

Stadtgemeinde Wildbad.
Nadel-Holz- Stammholz-Berkauf
im Wege des schriftlichen Meist-
gebots aus Stadtwald Sommersberg Abt. Auchsälbe und
Lottbaumsteigle:
307 Stck. mit 280 Fst. I.-VI. Kl. Tannen-Lang- u. Sägholz,
884 „ 776 „ I.-VI. Kl. Forchen-Lang- u. Sägholz.
Angebote sind in Hundertsteln der Tage für 1920 für
jedes Los getrennt mit der Aufschrift „Angebot auf Lang-
holz“ bis spätestens **Samstag, den 29. Mai ds. Js., vorm.**
11 Uhr an das Stadtschultheiß namt einzureichen, welches
die Eröffnung um diese Zeit vornehmen wird.
Wildbad, den 20. Mai 1920.
Stadt. Forstamt: Müller.

Nachstehende 2 Posten
Kiefernscheidholz
werden hierdurch zum **Wiederverkauf** gebracht:
1) a **Forstbezirk Enzklösterle, Distr. 3, Schmiedentopf**
und Jägerweg; II. Kl. 13.83 Fm., III. Kl. 19.54 Fm.,
Sägholz II. Kl. 1.42 Fm., III. Kl. 5.75 Fm., zu-
40.54 Festmeter.
2) a **Forstbezirk Enzklösterle: Distr. III Gernsbacher**
Steige, Franzosenloch, Jägerweg, Distr. 4 Hirschtiech
und Kupfhütte; I. Kl. 3.14 Fm., II. 6.51 Fm., III.
27.57 Fm. Sägholz: I. Kl. 5.41 Fm., II. 14.13 Fm.,
III. 2.16 Fm., zu 58.91 Fm.
Angebote in Prozenten der Wirtl. Staatsarpreise 1920
f. Kiefern werden bis spätestens **Samstag, den 29. Mai**
erbeten unter Nr. 100 an die Enzklösterle-Geschäftsstelle.

Dennach.
Wegen Aufgabe meines Fuhrwerks verkaufe am **Plangst-
montag, 24. d. Mis., von vorm. 10 Uhr** an in meiner
Wohnung gegen Barzahlung:
**einen guterhalt., starken Langholzwagen,
eine Partie Ketten und Loteisen, 2 Spitz-
kummote und sonstiges Pferdegeschirr.**
Liebhaber werden eingeladen.
Fritz Neuweiler, Fuhrmann.

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern
betreffend die **Fahrnis-Feuerversicherung.**
Durch Erlass vom 24. April 1905, Amtsbl. S. 231,
hat das Ministerium des Innern unter Hinweis darauf, daß
es zu den wichtigsten Pflichten eines gewissenhaften Haus-
wärters gegen sich selbst, seine Familie und die Allgemeinheit
gehört, seine Fahrnis genügend gegen Feuergefahr zu ver-
sichern, auf möglichste Verbreitung der Fahrnis-Feuerver-
sicherung hinzuwirken gesucht.
Das Ministerium sieht sich veranlaßt, von neuem dringend
auf die Notwendigkeit einer genügenden Feuerversicherung der
Fahrnis aufmerksam zu machen. Dabei hebt es hervor, daß
bei der auf allen Gebieten eingetretenen Feuerung die alten
Versicherungen meist weitläufig unzulänglich geworden sind. Es
ist jedem Versicherten dringend zu raten, sich ungekündigt klar
zu machen, was im Brandfall die Wiederanschaffung der
versicherten Gegenstände bei den jetzigen Preisen kosten würde.
Wenn sich hierbei Summen ergeben, die höher sind als die
laufenden Versicherungssummen, so ist deren sofortige Erhö-
hung unumgänglich, wenn für den Brandfall schwere, viel-
leicht verzeichnete Verluste vermieden werden wollen.
Wer aus Vorkriegszeit mit 10000 A versichert ist,
muß beachten, daß er bei einem Vollschaden höchstens eine
Entschädigung von 10000 A erhalten kann, auch wenn die
Wiederanschaffungskosten bei den jetzigen Preisen 60000 A
beträgen, und daß ihm Teilschäden nicht etwa bis zum Be-
trag von 10000 A voll ersetzt werden, daß die Versiche-
rungsgesellschaft vielmehr nur nach dem Verhältnis haftet, in
dem die Versicherungssumme zu dem Wert steht, den die
versicherten Sachen beim Eintritt des Schadens hatten, (also
bei einer Versicherungssumme von 10000 A und einem
Zeitwert der versicherten Gegenstände von 60000 A nur zu 1/6).
Die Oberämter und die Gemeindebehörden werden veran-
laßt, bei jeder Gelegenheit auf eine ausreichende Feuer-
versicherung der Fahrnis der Bezirks- und Gemeindeange-
hörigen hinzuwirken. Zur Aufklärung der Bevölkerung ist
diese Bekanntmachung in den Amtsblättern abzuveröffentlichen.
Stuttgart, 12. Mai 1920. Heymann.

Oberamt Neuenbürg.
Die Gemeindebehörden
werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern
betr. **Ausstellung von Wahlsteinen** vom 19. ds. Mis.
Staatsanz. Nr. 116 aufmerksam gemacht. Vordrucke hiezu
gehen den Gemeindebehörden in den nächsten Tagen in der
erforderlichen Anzahl zu.
Den 21. Mai 1920. Rilling, Reg.-Rf.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.
Im Handelsregister, Abteilung für Gesellschaftsfirmen,
Band I Blatt 218, ist bei der Firma
**Friedrich Waldbauer, Kommanditgesellschaft in Neuen-
bürg,** eingetragen, daß am 1. April 1920 die Einlage eines
Kommanditisten sich verringert und die eines anderen sich er-
höht hat.
Den 14. Mai 1920. Oberamtsrichter: Brauer.



